



SPD – Fraktion im Rat der Stadt Hagen

Rathausstraße 11
Postfach 42 49

58095 Hagen
58042 Hagen

Tel: 02331 207 - 3505
Fax: 02331 207 - 2495

spd-fraktion-hagen@online.de | www.spd-fraktion-hagen.de

An den
Vorsitzenden des
Umweltausschusses
Herrn Hans-Georg Panzer
im Hause

Hagen, 19.08.2019

Vermeiden der LKW-Durchgangsverkehre in Wohngebieten

Sehr geehrter Herr Panzer,

wir bitten um Aufnahme des o.g. Antrages für die nächste Sitzung des Umweltausschusses, gem. §6 Abs.1 GeschO, am 11. September 2019.

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt:

- das vorhandene Durchfahrverbot für LKW stadtauswärts für die Remberg- und Eppenhauser Straße durch ein Durchfahrtsverbort stadteinwärts ab Feithstraße zu ergänzen.
- zur Vermeidung von Ausweichfahrten über die Haldener Straße bzw. Lützwowstraße für diese Straßen ebenfalls ab Feithstraße bzw. ab Heinitzstraße Richtung Bülowstraße ein Durchfahrverbot zu beschildern.
- mit Öffnung der Bahnhofshinterfahung ein Durchfahrverbot für LKW über die Wehringhauser Straße / Bergischer und Märkischer Ring in beiden Fahrrichtungen zu beschildern.

Der Oberbürgermeister wird eindringlich gebeten, in Gesprächen mit dem Polizeipräsidenten zu erreichen, dass die Polizei die Einhaltung der Verbote intensiv kontrolliert.

Begründung:

Viele Anwohner der Remberg- und Eppenhauser Straße leiden seit langem unter den Belastungen, die von einem erheblichen LKW-Verkehr auf den genannten Straßen ausgehen.

In den letzten Monaten nehmen diese Belastungen permanent zu.

Das -vorhandene LKW-Durchfahrverbot ab Marktbrücke bzw. Volmestraße Richtung Finanzamt wird im erheblichen Umfang von den LKW-Fahrern missachtet. Erst vor der sogenannten Finanzamtsschlucht wird von den Fahrern wegen der automatischen Kontrolle des Durchfahrverbotes auf die Remberg- bzw. Eppenhauser Straße ausgewichen.

Durch diesen erheblichen LKW-Verkehr (zum Teil noch mit überhöhter Geschwindigkeit) werden mehr als 10.000 Menschen in den Wohnungen der beiden Straßen belastet und gefährdet. Zu berücksichtigen ist ferner, dass in dem Bereich mehrere Kindertagesstätten und Schulwege zu zwei Grundschulen vorhanden sind.

Von daher ist nicht nachzuvollziehen, warum das vorhandene Durchfahrverbot nicht seitens der Polizei kontrolliert wird.

Hier ist der Oberbürgermeister gefordert, in direkten Gesprächen mit dem Polizeipräsidenten auf verstärkte Kontrollen zu drängen.

Die Stadt könnte durch ein Vorziehen der stationären Kontrolleinrichtung auf Höhe des CVJM Gebäudes das Durchsetzen des Verbotes massiv unterstützen.

Im Bereich der Rembergstraße ist im Bereich der vorhandenen Kindertagesstätte eine Geschwindigkeitsbeschränkung auf 30 km beschildert. Hier wäre es sinnvoll, dass die Beschilderung mit dem Zusatz „Achtung Kinder“ ergänzt wird. Außerdem sollte die Stadt Hagen im Rahmen ihrer Geschwindigkeitskontrollen diesen Abschnitt mit einbeziehen.

Es muss durch verkehrslenkende Maßnahmen erreicht werden, dass die Wohnquartiere von LKW-Durchgangsverkehre verschont bleiben. Von daher ist es auch zwingend, dass nicht nur das vorhandene Verbot eingehalten, sondern auch noch im Sinne des Antrags erweitert wird.

Die vorhandene Einschränkung der LKW-Verkehre auf dem Graf- von Galen- Ring hat zu einer massiven Verlagerung des Verkehrs auf den Bergischen Ring und Teilen des Märkischen Rings geführt.

Mit Inbetriebnahme der Bahnhofshinterfahung ist es daher erforderlich, dass auch die Anwohner dieses Bereiches davon befreit werden.

Die Betroffenen erwarten von der Kommunalpolitik, dass hier kurzfristig gehandelt wird.

Freundliche Grüße



Werner König
SPD-Ratsfraktion